

Erklärt Bochum den ADFC zum Feind?

Die Verwaltung der Stadt Bochum hat sich entschlossen, eine unerklärte Auseinandersetzung mit den ADFC Bochum zu führen. Ursache des Konflikts: Der ADFC Bochum ist zu fahrradfreundlich. Die Verwaltung findet es offensichtlich unangenehm, dass der ADFC die Messlatte für das Planen und Handeln der Verwaltung höher legt als in Bochum üblich. Fehlendes Engagement und Inkompetenz der Verwaltung fallen dadurch umso deutlicher auf.

Der ADFC Bochum war und ist zu jeder Zeit bereit, konstruktiv, engagiert und mit hoher fachlicher Kompetenz mit der Verwaltung zusammen zu arbeiten. Wir haben noch nie und niemandem den Dialog verweigert – im Gegensatz zur Stadt Bochum.

Der jetzt von Seiten der Stadt Bochum eskalierte Konflikt hat eine Vorgeschichte:

Am 5. August 2010 erschien in der BILD-Zeitung für NRW ein Artikel mit der Überschrift **Radweg-Irrsinn im Revier!** Der Artikel illustrierte anhand von Beispielen aus Recklinghausen, Herne und eben auch Bochum, die beklagenswerte Situation, in der sich Radfahrer in diesen Städten befinden. Die teilweise eklatanten Mängel sind – zumindest in Bochum – schon seit Jahrzehnten bekannt, blieben aber unverändert bestehen.

Die Verwaltung nahm die nur zu berechnete Kritik der BILD-Zeitung an den Bochumer Verhältnissen offenbar persönlich – und machte nicht die BILD-Zeitung, sondern den Vorstand des ADFC Bochum für die Berichterstattung direkt verantwortlich. Im September 2010 erklärte die Verwaltung in eigener Sache:

„Die Verwaltung nimmt den Artikel der Bildzeitung zum Radfahren in Bochum zum Anlass, das weiterhin schlechte Verhältnis zwischen Verwaltung und ADFC zu thematisieren. Durch die von außen durch Zeitungsberichte und Internet-Auftritte importierte Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, dass Radfahren in Bochum lebensgefährlich und unmöglich ist, wird die Arbeit der RAD AG nachhaltig in Frage gestellt. Die negative Berichterstattung der Medien wird seitens der Öffentlichkeit auf die Verwaltung, aber nicht auf die Politik bezogen. Die verwaltungsseitigen Mitglieder der Rad AG sind (noch) motiviert, den Radverkehr in Bochum voranzutreiben und zu unterstützen. Jedoch lehnen Sie es ab, sich regelmäßig für die Fehler der vergangenen Jahre verantworten zu müssen. Deswegen ist eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und ADFC gefährdet.“

Auf diese Vorwürfe reagierte der ADFC Bochum mit einer Stellungnahme in gemeinsamer Sache:

„Der ADFC Bochum setzt sich seit seiner Gründung vor nunmehr 21 Jahren unbeirrbar für ein fahrradfreundliches Bochum ein. Diese Arbeit findet eine breite Unterstützung in der Rad fahrenden Bevölkerung, gleich ob es sich um Mitglieder des ADFC handelt oder nicht. Die Stadt Bochum hat spätestens seit Mitte der 1960er Jahre eine kontinuierlich gegen den Radverkehr gerichtete Verkehrspolitik betrieben („Autostadt Bochum“). Spätestens seit der Realisierung des „Pilotprojekts Radwege- und Beschilderungsplan Bochum“ 1989, der Radverkehrs- Novelle der StVO im Jahr 1997 und der erneuten Novellierung der StVO im Jahr 2009 ist klar, dass in Bochum ein tiefgreifender Nachholbedarf im Bereich Radverkehr besteht. Der ADFC Bochum hat über Jahre die Erfahrung machen müssen, dass berechnete Anliegen, die die Verkehrssicherheit des Radverkehrs betreffen, von der Stadt Bochum verschleppt, nicht umgesetzt oder nicht anerkannt wurden. Nichtsdestoweniger sind wir als ehrenamtlicher arbeitender, gemeinnütziger Verein nach wie vor gerne bereit, die Verwaltung und die Politik bei ihrem Bemühen um nachhaltige Verbesserungen der Infrastruktur und des Fahrradklimas in Bochum vorbehaltlos zu unterstützen.

Verbindlicher Maßstab für das Handeln der Politik, der Verwaltung und des ADFC Bochum ist die geltende Rechtsordnung, die ihren Ausdruck im Sachbereich Straßenverkehr insbesondere in der Straßenverkehrsordnung, den zugehörigen Verwaltungsvorschriften und den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) in der jeweils gültigen Fassung gefunden hat. Wir sehen es in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften und Regeln als Pflichtaufgabe der Stadt Bochum, für einen sicheren und verkehrstauglichen Zustand aller Radverkehrsanlagen zu

sorgen und die Sicherheit der Rad fahrenden Verkehrsteilnehmer jederzeit zu gewährleisten. Die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer geht der Flüssigkeit des motorisierten Individualverkehrs (MIV) vor.

Bei allen Verkehrsplanungen, Änderungen und Neubauten erwarten wir die gleichberechtigte Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs neben dem Fußgängerverkehr, dem öffentlichen Nahverkehr und dem MIV. Wir erwarten die Herleitung geplanter Radverkehrsanlagen aus den inhaltlichen Vorgaben der ERA. Die Kenntnis dieser Empfehlungen setzen wir bei allen Beteiligten unbedingt voraus.

Die Stadt Bochum hat im Hinblick auf die Radverkehrsinfrastruktur einen erheblichen, selbst verschuldeten Nachholbedarf. Die Verkehrsschau im Jahr 2009 hat zweifelsfrei erwiesen, dass die Radverkehrsanlagen in Bochum beinahe flächendeckend den Anforderungen der StVO nicht genügen.

Die Anforderungen an Radverkehrsanlagen und Radverkehrsnetze sind spätestens seit der Dokumentation des Pilotprojekts Radwege- und Beschilderungsplans Bochum im Jahre 1988, der Veröffentlichung der ERA 1995, der ersten Fahrradnovelle der StVO im Jahr 1997 und der erneuten Novellierung der StVO im Jahre 2009 bekannt. Damit sind die Bewertungsmaßstäbe festgelegt. Ein Beispiel: In der Dokumentation des Pilotprojekts ist festgehalten: „Langfristig ist ein Ausbau der Hauptausfallstraßen anzustreben, der das Sicherheitsbedürfnis des Radverkehrs angemessen berücksichtigt“ (S. 16). Wir erwarten seit 1988 ungebrochen bis heute, dass die Stadt Bochum diese Anforderung vollinhaltlich umsetzt und messen jede Baumaßnahme an Hauptverkehrsstraßen an diesem Maßstab.“

Die Verwaltung war nicht bereit, diese Gesprächsgrundlage zu akzeptieren und setzte ihren Konfliktkurs fort. Die krankheitsbedingte Abwesenheit eines Verwaltungsmitarbeiters nahm die Stadt Bochum als Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit dem ADFC Bochum im ersten Halbjahr 2011 einseitig, stillschweigend und unerklärt zu beenden, indem der ADFC Bochum schlicht nicht mehr zu Arbeitsgesprächen eingeladen wurde.

Wir nennen dieses Verhalten der Verwaltung einen Skandal. Die Verwaltung nimmt die Bochumer Radfahrer symbolisch in Haft, um einen missliebigen ADFC Vorstand zu beschädigen. Leidtragende dieses unverantwortlichen Handelns sind die Bürger der Stadt Bochum, auf deren Rücken die Verwaltung ihren Konflikt austrägt. Diese Haltung fügt der Stadt Bochum Schaden zu. Wie Bochum jemals substanzielle Schritte in Richtung Fahrradfreundlichkeit tun soll, wird durch dieses Handeln der Verwaltung unvorstellbar.